

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXXI/125

5. Juli 1976

Die berufliche Bildung aus dem Schatten geholt

Eine Bilanz und Perspektiven nach der Fachkonferenz
in Hannover

Von Johannes Rau MdL
Minister für Bildung und Wissenschaft in Nordrhein-
Westfalen, SPD-Vorstandemmitglied und Vorsitzender der
Kommission Bildungspolitik beim SPD-Vorstand

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Eine mutige und beispielhafte Antwort

Zum Kommandounternehmen der Israelis in Uganda

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 / 33 Zeilen

Modellversuche für effektiven Nahverkehr

Stärkere Integration der Taxen in das öffentliche Netz

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Prosehbau I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telefax: 22 89 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Die berufliche Bildung aus dem Schatten geholt

Eine Bilanz und Perspektiven nach der Fachkonferenz in Hannover

Von Johannes Rau MdL

Minister für Bildung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen, SPD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Kommission Bildungspolitik beim SPD-Vorstand.

Mein Eindruck nach der sozialdemokratischen Fachkonferenz Bildung und Beruf in Hannover ist, daß es uns gelungen ist, 13 Wochen vor der Bundestagswahl eines der wichtigsten Themen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Innenpolitik so sachgerecht, so ernsthaft und so konzentriert miteinander zu diskutieren, daß wir uns nicht selber Zeugnisse mit Notendurchschnitten auszustellen brauchen, daß wir uns aber ermutigen dürfen, eine solche Arbeit fortzuführen.

In Hannover ist deutlich geworden, daß wir keine Patentlösung für alle Fragen haben, die anstehen. Deutlich ist weiter geworden, daß wir der Frage nach dem Wechsel, nach den Wechselbeziehungen zwischen der Berufsbildung zwischen der Bildungspolitik und den anderen Politikbereichen und den gesellschaftlichen Abhängigkeiten, in denen wir handeln, noch nachgehen müssen. Aber deutlich ist auch geworden, daß das mit Sacharbeit geschehen kann und daß es mit Sacharbeit gelingen kann.

Ich glaube, daß wir uns hier in einem Punkt fundamental von der Opposition im Bund unterscheiden, von einer Opposition, die sich bei Worten wie Planung oder Investitionslenkung bekreuzigt, und der Schauer über den Rücken laufen, wenn Planung und Investitionslenkung genannt werden, sobald es um Kapital geht. Sie ist dabei jedoch auf dem Wege, eine Bildungspolitik zu konzipieren, bei der junge Menschen verplant werden und nicht Kapital. Sie ist auf dem Wege, allein vom Bedarf her oder von dem, was sie für den Bedarf hält, eine Politik zu konzipieren, bei der junge Menschen hochgerechnet werden, wie man Diskontsätze verändert. Einer solchen Politik gilt es zu widerstehen. Das ist das erste, was wir klarzumachen haben.

Sozialdemokraten werden deutlich auszusprechen haben, daß eine steigende Zahl von Hochschulabsolventen auch den Wettbewerb um gehobene Positionen oder das, was manche dafür halten, verstärkt. Wir halten diesen Wettbewerb für humaner, als die Selektionsmechanismen anzuwenden, bei denen Aufstiegsmöglichkeiten rationiert und nicht rationalisiert werden und bei denen Politik nichts anderes ist, als die Zuteilung von Lebensstoff für junge Menschen.

Für Sozialdemokraten ist, wenn wir den Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystemen sehen, Bildung immer auch ein Mittel dazu, daß der Mensch zu sich selbst findet, daß er sich verselbständigt und daß er den anderen kennenlernt und daß er den anderen treffen kann. Dies ist kein Privileg für Akademiker, dies gilt nicht nur für diejenigen allein, die wir in den hohen Schulen sprachfähig machen, sondern es ist ein Thema, das wir als die Wahlverteidiger der jungen Generation in diesem Lande aufnehmen und das wir aufnehmen, weil es um die Zukunft unserer Gesellschaft geht.

Die jungen Menschen haben ein Recht darauf, daß wir sie mit ihren Problemen ernst nehmen. Dazu gehört, daß wir zuerst ihre Sprache lernen, sie haben ein Recht auf qualifizierte Berufsausbildung und auf ein Angebot solcher Berufsausbildung. Wir haben dies Recht nicht nur zu proklamieren,

sondern die Voraussetzungen dazu zu schaffen, daß das Recht einlösbar wird.

Wir möchten, daß die Lebenschancen der jungen Generation so gesichert werden und so gesichert bleiben, wie die Bildungspolitik, die Helmut Rohde für uns alle und mit uns allen verantwortet, das in den letzten Jahren deutlich gemacht hat. Deshalb haben wir in Hannover versucht, nicht zu "jubeln" und nicht auszuweichen in Parolen, sondern wir haben sachlich gearbeitet und Positionen offensiv vertreten. Denn Sozialdemokraten haben die berufliche Bildung erst aus dem Hinterhof der Bildungspolitik herausgeholt und zwar, damit sie ins Vorderhaus kommt und nicht nur ins Schaufenster.

Wir werden dafür eintreten, daß berufliche Bildung ein gleichwertiger Bestandteil unseres gesamten Bildungssystems wird. Das ist keine bildungsfachliche Frage allein, auch wenn wir Bildungspolitiker durch unsere Sprache gelegentlich den Verdacht erregen, daß wir uns bei "Curricula", bei "Integration" und "Innovation" gar nicht mehr mit den Problemen der einzelnen jungen Menschen beschäftigen; laßt uns so reden, daß sie wieder spüren, daß wir mit ihnen zu tun haben möchten. Ich meine, daß die Konferenz und ihre Ergebnisse hierzu einen Beitrag geleistet haben.

Wenn ich dies ausgesprochen habe, dann ist damit zugleich deutlich, daß vor uns in den nächsten 13 Wochen und nach den nächsten 13 Wochen ein gebündeltes Maß an Arbeit liegt. Wir haben den erwiesenen Standard der bildungspolitischen Diskussion in der SPD herauszutragen aus unseren Fachkonferenzen, damit auch in den übrigen Bereichen der Partei deutlich wird, daß es hier nicht um Spezialitätenshows geht, sondern daß es hier um die Aufgabe geht, die Herausforderung einer ganzen Generation aufzunehmen und ihr glaubwürdige Antworten zu geben.

In den Arbeitsgruppen ist das versucht worden. Unsere Entschlossenheit wurde deutlich, die Ausbildungs- und Berufschancen für die junge Generation - und zwar für alle - ob in der Hochschule oder außerhalb der Hochschule, zu sichern. Und es wurde deutlich, daß wir dabei auf dem Fuß sein können, was in den letzten Jahren erbracht und geleistet worden ist.

(-/5.7.1976/va/pr)

+ + +

Eine mutige und beispielhafte Antwort

Zum Kommandounternehmen der Israelis in Uganda

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Man muß es eine Umkehr aller Werte der Menschlichkeit und der politischen Moral nennen, wenn das erfolgreiche Kommandounternehmen der Israelis zur Befreiung und Rettung der über 100 Geiseln auf dem Flughafen Entebbe in Uganda aus Moskau, Mauritius, Kairo und Kampala als Akt zionistischer Aggression und Verletzung des Völkerrechts bezeichnet wird. Wenn das Recht auf Notwehr überhaupt einen Sinn haben soll und im völkerrechtlichen Bereich in Anspruch genommen werden durfte, dann war dies hier gegeben. Und wenn die unstrittene alttestamentarische Kampfansage "Auge um Auge, Zahn um Zahn" Verständnis verdient, dann im vorliegenden Fall.

Andere Positionen können nicht einfach als obligatorische propagandistische Solidaritätsbekundungen für die Palästinenser hingenommen werden. Wer sie auch aus welchen Motiven bezieht, macht sich einer Perversion der minimalsten Maßstäbe der Humanität schuldig und sanktioniert in menschenverachtender Weise Massaker als gängiges Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Um es klar zu sagen: Die entschlossene Handlungsweise der Israelis hat weit mehr als eine respektgebietende militärtechnische Dimension. Sie hat einen zutiefst humanitären und moralischen Charakter. Sie war eine mutige und beispielhafte Antwort auf eine brutale Herausforderung des expresserisch-mörderischen Terrorismus.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dies unmittelbar nach Erhalt der guten Nachricht von der Rettung der Geiseln bei einem öffentlichen Glückwunsch an die Adresse der Israelis spontan so formuliert: "Dieser 4. Juli 1976 wird als wichtiges Datum in die Geschichte der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eingehen". Er brachte damit nicht nur moralische Solidarität mit der Aktion, sondern den Dank unseres Landes und seiner Bürger für diese wahrhaft befreiende Tat zum Ausdruck.

Wir dürfen über der Freude und dem Respekt, die sich mit diesen Vorgängen verbinden, jedoch keinesfalls die unverkennbare Komplizenschaft des Staatsoberhauptes von Uganda mit den Terroristen in Vergessenheit geraten lassen. Diese ungeheuerliche Provokation, der mit der Anrufung des Welticherheitsrates durch Idi Amin noch die Krone aufgesetzt wird, kann nicht ohne Konsequenzen bleiben.

(-/5.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Modellversuche für effektiven Nahverkehr

Stärkere Integration der Taxen in das öffentliche Netz

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seit einigen Jahren werden bekanntlich in mehreren Städten der Bundesrepublik private Taxen im öffentlichen Nahverkehr - zumindest zum Teil - in Modellversuchen mit Erfolg eingesetzt. In den letzten Jahren habe ich, wie sicher manch anderer auch, bei Inanspruchnahme der öffentlichen Linienbusse oft erlebt, daß auf der gesamten Strecke neben dem Fahrer nur zwei bis drei Fahrgäste einen Großbus "bevölkern". Dies ist aber zweifellos unrationell. Deshalb war es Zeit, an das Bundesverkehrsministerium die Anregung heranzutragen, derartige Modellversuche in absehbarer Zeit auch einmal mit Taxen auf geeignete Linien in der Fläche auszuweiten.

Die Bundesregierung hat bisher mehrfach Überlegungen unterstützt, den Taxenverkehr und die ihn tragenden privaten Unternehmer stärker in den öffentlichen Personennahverkehr zu integrieren. Ein vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten legt die grundsätzlich in Frage kommenden Modelle einer möglichen Verknüpfung von Linien- und Taxenverkehr dar. Unterschieden werden Substitutions- und Koordinationamodelle.

Bei dem Modell einer temporären Substitution wird eine bestehende öffentliche Linienverbindung zu verkehrsschwachen Zeiten bei gleicher oder besserer Bedienungsqualität anstelle von Linienbussen durch Taxen bedient. Eine solche Einbeziehung von Taxen in das Angebot der öffentlichen Verkehrsunternehmen wird zur Zeit schon in mehreren Städten praktiziert. Zu nennen wären hier Berlin, Bremen, Dortmund, Frankfurt (Main), Karlsruhe, München, Pforzheim und Stuttgart. Die Praxis scheint die Feststellung der Gutachter zu bestätigen, wonach das im Linienverkehr eingesetzte Taxi dann günstiger ist als der Bus, wenn nur für etwa jede zweite Fahrt ein Zusatz-Taxi benötigt wird. In einer Untersuchung der Stadtwerke München wird festgestellt, daß sich eine Omnibuslinie für eine Umstellung auf Taxenbetrieb eignet, wenn einer Busfahrt nicht mehr als 1,54 Taxifahrten zuzuordnen sind. Unter

Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten kommt der temporären Substitution offensichtlich nur eine örtlich und zeitlich begrenzte Anwendungsmöglichkeit zu. Andererseits kommt dieses Modell grundsätzlich für jede Groß- oder Mittelstadt in Frage.

Beim Modell der funktionalen Substitution sollen Lücken im öffentlichen Liniennetz durch linienmäßig verkehrende Taxen ausgefüllt werden. Ein Beispiel dafür ist die Erschließung abgelegener Siedlungen. Dieses Modell wäre auch für den Linienverkehr in der Fläche geeignet, sofern vom Verkehrsaufkommen her der Ersatz einer Omnibuslinie durch einen derartigen Verkehr zweckmäßig erscheint.

Beim Koordinationsmodell hingegen soll das Taxi - sich vom Linienverkehr entfernend - einen flächenhaften Zubringer- und Verteiler-Dienst aufnehmen. Zu- und Aussteigen ist an jeder geeigneten Stelle des Fahrweges zulässig, wobei die Linienführung variabel sein kann. Die Fahrten können nach einem Fahrplan oder nach Bedarf ausgeführt werden. Ein solcher Einsatz von Taxen ist geeignet, den Beförderungsstandard des öffentlichen Personennahverkehrs so zu erhöhen, daß er dem Haus-Haus-Verkehr, den der Pkw bietet, nahekommt.

Während das Substitutions-Modell in der Variante der "temporären Substitution" bereits in der Praxis angewandt wird und eine gewisse Bedeutung zu erlangen verspricht, stehen Versuche mit den anderen Modellen noch aus. Das dürfte vor allem daran liegen, daß die damit verbundenen "Entwicklungskosten" abschrecken. Auch dürfte die Struktur des Taxengewerbes - 91,5 vH sind Kleinbetriebe - den auf sehr enge Zusammenarbeit in größerem Verband ausgelegten Modellen nicht günstig sein. Gleichwohl wird die Durchführung eines Großversuchs in Hamburg vorbereitet. Der Versuch soll unter Beteiligung des örtlichen Taxengewerbes und der Hamburger Hochbahn AG voraussichtlich noch in diesem Jahre anlaufen.

Das Bundesverkehrsministerium hat versichert, daß es die Klärung der Möglichkeiten einer stärkeren Integration der Taxen in den öffentlichen Personennahverkehr in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbehörden der Länder und dem Verkehrsgewerbe mit Nachdruck betreibt. Zwar ist mit derartigen Modellversuchen in der Fläche im Augenblick noch nicht zu rechnen. Im Rahmen der weiteren Überlegungen sollen solche Versuche jedoch auch in der Fläche verfolgt werden. Im Interesse einer attraktiven und effektiven Gestaltung des Personennahverkehrs der Zukunft sollten die Modellversuche in der Fläche nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

(-/5.7.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller